

International

«Die Türkei hat die Schlacht verloren»

Der Politologe Cengiz Aktar sagt, die türkische Gesellschaft sei ihrer Regierung 100 Jahre nach dem Völkermord an den Armeniern weit voraus. Die offizielle Türkei tut sich immer noch sehr schwer mit ihrer Geschichte.

Vincenzo Capodici

Recep Tayyip Erdogan hat vor einem Jahr mit einer Versöhnungsgeste überrascht. Vor dem 99. Jahrestag des Genozids an den Armeniern sprach der damalige Ministerpräsident der Türkei den «Enkeln der 1915 getöteten Armenier» sein Beileid aus. Es war das erste Mal, dass ein türkischer Regierungschef eine solche Erklärung an die Armenier abgegeben hat. Den Begriff «Völkermord» benutzte der Präsident der Türkei allerdings nicht, und er sprach auch keine Entschuldigung aus - beides verlangen die Armenier von der Türkei. Die Türkei ist die Rechtsnachfolgerin des Osmanischen Reichs, dessen jungtürkische Regierung für den Tod von bis zu 1,5 Millionen Armeniern verantwortlich ist.

Beim Gedenktag 100 Jahre nach dem Genozid am Freitag werden sich Armenien und die Türkei nicht näherkommen, die Fronten sind verhärtet. Erdogan lehnte nicht nur die Einladung seines armenischen Amtskollegen Sersch Sarkisjan nach Jerewan ab. Er liess auch die für die Türkei wichtige Gedenkfeier zur Gallipoli-Schlacht 1915 vorverlegen - vom 25. auf den 24. April. Den 100. Jahrestag des Siegs der Osmanen gegen die Entente im Ersten Weltkrieg wird Erdogan in Çanakkale feiern. Eingeladen wurde auch Armeniens Präsident. Sarkisjan empfand dies als weitere Provokation.

«Das ist kindisch, die Leute in der Türkei lachen über Erdogans Verhalten», sagt der türkische Politikwissenschaftler Cengiz Aktar bei einem Gespräch in Zürich, wo er kürzlich an einer Veranstaltung von Christian Solidarity International als Redner auftrat. Der 60-Jährige, der viele Jahre für die UNO und die EU gearbeitet hat, zählt in der Türkei zu den führenden intellektuellen und Publizisten, die sich für mehr Demokratie und Minderheitenrechte einsetzen. Und er ist Mitinitiator einer Online-Kampagne, mit der die Türkei aufgefordert wurde, sich für den Genozid bei den Armeniern zu entschuldigen.

«Schizophren und paradox»

«Falls die Türkei eine moderne, demokratische Gesellschaft werden möchte, muss sie sich mit den dunklen Kapiteln ihrer Geschichte auseinandersetzen», sagt Aktar. «Solange die Türkei dies nicht tut, ist sie auch kein Kandidat für einen EU-Beitritt.» Von einer Anerkennung des Genozids sei die türkische Regierung jedoch «weit entfernt». Den Umgang der türkischen Regierung mit der Vergangenheit bezeichnet er als «schizophren und paradox».

Obwohl der Genozid für die offizielle Türkei ein Tabu bleibt, ist die Aufarbeitung der Geschichte in der jüngeren Vergangenheit in Gang gekommen, «weil die Zivilgesellschaft weiter ist als der Staat», wie Aktar erklärt. In der türkischen Gesellschaft werde heute offen über den Genozid an den Armeniern gesprochen. Dies sei zwar immer noch verboten, Gesetzesverstösse wie die Beleidigung des Türkentums würden aber nicht mehr strafrechtlich verfolgt. Den Meinungswandel in der Armenier-Frage sieht Aktar auch in der zunehmenden Zahl von Gedenkveranstaltungen. 2010 fand die erste und einzige Veranstaltung in Istanbul statt. Mittlerweile wird in 28 türkischen Städten des Genozids gedacht. Hinter diesen Gedenkfeiern stehen ausschliesslich zivilgesellschaftliche Initiativen und Gruppierungen.

Vor allem die jüngere Generation hinterfrage die offizielle Geschichtsschreibung, sagt Politologe Aktar. Im Zeitalter von Internet und Social Media sei es schwierig geworden, den Menschen bestimmte Meinungen über historische Ereignisse aufzuzwingen. An den Universitäten stosse der Völkermord auf zunehmendes Forschungsinteresse. Der Genozid werde auch in den Medien immer häufiger thematisiert, und es gebe immer mehr Bücher darüber. Aktar erwähnt als Beispiel die Publikationen über die «armenischen Grossmütter» der Türken. Diese waren als junge Frauen aus ihren christlichen, armenischen Familien gerissen, zwangsislamisiert und in muslimische Familien zwangsintegriert worden. Jahrzehnte-



Kinder spielen im Pausenhof einer armenischen Schule in Istanbul. Foto: Ozan Kose (AFP)

lang schwiegen viele Türken über armenische Vorfahren. Inzwischen betonen sie laut Aktar ihre armenischen Wurzeln, und es häufen sich die Übertritte zum Christentum. Schätzungsweise eine Million Türken habe «armenische Grossmütter».

Vor dem Ersten Weltkrieg lebten über zwei Millionen Armenier in Anatolien, heute gibt es in der Türkei noch 50000 bis 60000 Menschen dieser christlichen Minderheit. Die Säuberungsaktionen der jungtürkischen Regierung trafen nicht nur die Armenier, sondern auch Assyrer



Cengiz Aktar

Der 60-Jährige ist Politikwissenschaftler an der Sabanci-Universität in Istanbul und Publizist.

und Aramäer, ebenfalls Christen, sowie die Minderheit der Griechen. Als Beginn des Völkermords gilt der 24. April 1915, als die Jungtürken über 200 armenische Intellektuelle, Politiker und Geistliche in Istanbul, damals noch Konstantinopel, festnehmen und grösstenteils töten liessen. Es folgten Massaker und Deportationen in die nordsyrische Wüste. Unzählige Armenier, die die Todesmärsche überlebten, starben später an Hunger, Erschöpfung und Krankheiten.

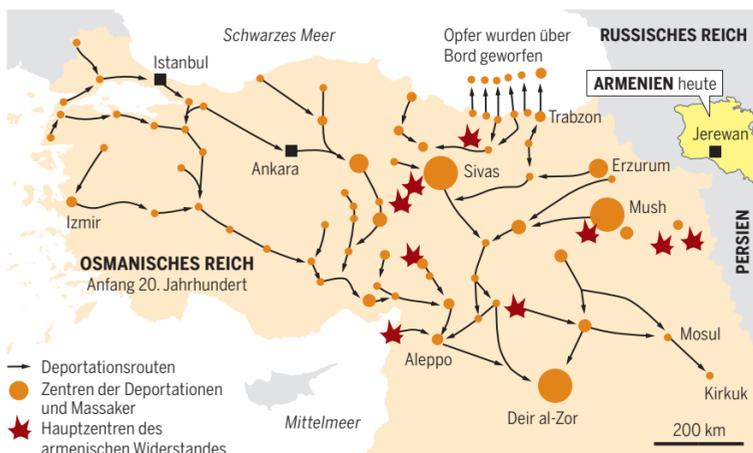
«Wenn in der heutigen Gesellschaft die Menschen zum ersten Mal mit den Fakten des Völkermords konfrontiert werden, sind sie geschockt», erklärt Aktar. «Und der Schock nimmt zu, wenn

sie das Ausmass der Verbrechen begreifen.» Die Verbrechen an den Armeniern seien so gross, dass die Menschen dies nicht wahrhaben wollten oder könnten. Dabei gebe es keine Alternative, als sich der historischen Wahrheit zu stellen. Der Istanbul-Politikwissenschaftler zitiert eine französische Redensart: «Die Leiche ist zu gross, um sie im Kleiderschrank zu verstecken.»

Armenier als Täter

Aktar kritisiert, dass die Geschichtsbücher den Schülern bis heute verschweigen, was vor 100 Jahren in ihrem Land den Armeniern angetan worden war. Die türkische Geschichtsvereinerung, die seit über 80 Jahren das offizielle Geschichtsbild prägt, hat den Auftrag, das Bild eines homogenen türkischen Staatsvolks zu vermitteln, das sich gegen alle äusseren Gefahren behauptet und 1923 die Republik Türkei gegründet hat. Die offizielle Türkei bestreitet die Qualifizierung der Massaker an den Armeniern als Genozid. Sie weist insbesondere eine Vernichtungsabsicht der damaligen Regierung des Osmanischen Reichs zurück. Die Genozid-Leugner betonen immer wieder, dass die Deportationen eine kriegsnotwendige Massnahme gewesen seien, da die Armenier sich während des Ersten Weltkriegs mit Russland solidarisiert und so das Osmanische Reich verraten und gefährdet hätten. Zudem, so ein weiteres Argument, seien die Deportationen eine Reaktion auf armenische «Terrorakte» oder «Gräueltaten» gewesen. Die Armenier seien auch Täter gewesen, es seien unzählige Muslime getötet worden. Schliesslich sei die Opferzahl auf armenischer Seite zu hoch angesetzt.

Deportationen der Armenier



TA-Grafik kmh / Quelle: «Zeit»

Fatale Fehler bei FBI-Haaranalysen

Eine fragwürdige Methode führte in den USA zu Dutzenden Todesurteilen.

Nicolas Richter

Washington

Die Fahnder der US-Bundespolizei sehen sich gern als Elite unter den Ermittlern. In seiner eigenen Wahrnehmung beschäftigt das FBI die fähigsten Polizisten, die penibelsten Wissenschaftler und verfügt über die modernsten Labors. Nun aber stellt sich heraus, dass das FBI gerade dort schlampig arbeitete, wo es sich besonders akribisch und faktenreu gab - bei der Analyse von Haaren, die von Tätern stammen sollten. Wie FBI und Justizministerium jetzt zugeben, haben beinahe alle Experten der Einheit für mikroskopische Haaranalysen zwischen 1980 und 2000 fehlerhafte Aussagen vor Gericht gemacht.

Forensiker haben die Zuverlässigkeit ihrer Ergebnisse überbewertet und damit die Darstellung der Anklage gestützt - zu Lasten der Beschuldigten. 268 Fälle wurden bisher untersucht. 95 Prozent sind mit Problemen behaftet. In den meisten geht es um Mord, Totschlag oder Vergewaltigung, wie die «Washington Post» unter Berufung auf zwei Organisationen berichtet, die den Behörden beim Sichten der Altfälle helfen. Demnach sind auch 32 Beschuldigte von den unzulänglichen Beweisen betroffen, die zum Tode verurteilt wurden. 14 von ihnen sind bereits hingerichtet worden oder im Gefängnis gestorben.

Insgesamt prüft das FBI 2500 Kriminalfälle. In einer Stellungnahme erklärte Bundespolizei und Justizministerium, sie bemühten sich darum, alle Fälle aufzuklären und die Betroffenen zu benachrichtigen. Nicht jede fehlerhafte Haaranalyse muss zwangsläufig bedeuten, dass der Beschuldigte zu Unrecht verurteilt worden ist. Die Geschworenen haben sich womöglich auch auf andere Beweise gestützt. Doch erschütterte der Skandal abermals die Glaubwürdigkeit einer Strafjustiz, die für ihre drakonischen Strafen so berüchtigt ist wie für die Willkür und Inkompetenz von Ermittlern, Richtern und Geschworenen.

In der modernen Forensik werden Haare vor allem benutzt, um den Konsum von Drogen und Betäubungsmitteln nachzuweisen, da sich diese im Haar anreichern. Erbgut lässt sich dann aus Haaren gewinnen, wenn diese mit der Haarwurzel verbunden sind. Der aktuelle Skandal um Haargutachten betrifft jedoch eine Zeit, in der DNA-Analysen nicht möglich oder nicht überall verfügbar waren. Stattdessen legten die Spezialisten Haare, die sie am Tatort gefunden hatten, unter ein Mikroskop und verglichen sie mit denen eines Verdächtigen. Diese Technik war erheblich weniger zuverlässig als vom FBI dargestellt.

Nachrichten

Ägypten

22 Mursi-Anhänger zum Tode verurteilt

Ein Gericht in Ägypten hat 22 Todesurteile gegen Unterstützer des vom Militär gestürzten Präsidenten Mohammed Mursi bestätigt. Die Entscheidung des Gerichts am Montag fand einen Tag vor dem geplanten Urteil gegen Mursi selbst statt. Wegen Vorwürfen, im Dezember 2012 als Präsident die Tötung von Demonstranten veranlasst zu haben, droht Mursi die Todesstrafe. Seit dem Putsch im Juli 2013 gehen die Behörden mit aller Härte gegen die Muslimbrüder vor, denen auch Mursi angehört. (SDA)

Jemen

Zivilisten sterben bei Bombardement

Saudische Kampfflugzeuge haben am Montag ein Militärlager in Sanaa bombardiert. Mindestens 26 Zivilisten seien getötet worden, bestätigten Ärzte in der jemenitischen Hauptstadt. Die meisten von ihnen kamen ums Leben, als infolge der gewaltigen Detonationen umliegende Wohnhäuser einstürzten. Saudi Arabien bombardiert seit fast vier Wochen Stellungen und Waffenlager der schiitischen Huthi-Rebellen. (SDA)

Mehr zum Armenier-Völkermord Seite 25.